



www.laender-analysen.de/ukraine

**ZENSUR
KOMMUNALWAHLEN
EU-UKRAINE-GIPFEL
AKTUELLE SOZIALDATEN**

■ ANALYSE		
Zensurbestrebungen in der Ukraine: Von moralisch verbrämter Zensur zu einer möglichen politischen Zensur		2
Von Andreas Stein, Kiew		
■ UMFragen ZUM TEXT		
Zensur und Lizenzen		5
■ DOKUMENTATION		
Rückblick auf die Kommunalwahlen		6
Umfragen zur Durchführung der Kommunalwahlen		9
■ DOKUMENTATION		
Presseerklärung zum EU-Ukraine-Gipfel		10
Umfragen zur Einstellung zur EU		11
■ STATISTIK		
Aktuelle Sozialdaten		13
Umfragen zur Wirtschaftskrise		14
■ CHRONIK		
Vom 10. bis zum 23. November 2010		17



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Zensurbestrebungen in der Ukraine: Von moralisch verbrämter Zensur zu einer möglichen politischen Zensur

Von Andreas Stein, Kiew

Zusammenfassung

Seit dem Amtsantritt von Wiktor Janukowytsch steht die Ukraine unter besonderer Beobachtung in Bezug auf die Einhaltung der Presse- und der Meinungsfreiheit. Nicht registriert wurde dabei jedoch, dass bereits unter Präsident Juschtschenko ein Gesetz aus der Kutschma-Ära Anwendung fand, mit dem eine moralisch verbrämte, mitunter politische Zensur ausgeübt wurde. Über die Regelungen des Gesetzes findet die jetzige Administration Janukowytsch bereits ein fertiges Instrument für Zensurmaßnahmen vor. Unter moralisch-ethischen Gesichtspunkten wird zwar auch in entwickelten Demokratien Zensur ausgeübt, doch existieren hier feste Regeln und Institutionen, die eine willkürliche Anwendung verhindern können. In der Ukraine mit ihren schlecht funktionierenden Institutionen bleibt eine Zensur damit nicht auf den moralisch-ethischen Bereich beschränkt und kann leicht auf politische Meinungen und Ansichten ausgeweitet werden.

Gesetzliche Regelung

Der Artikel 15 der geltenden Verfassung der Ukraine verbietet Zensur. Dennoch wurde angesichts des näher rückenden Präsidentschaftswahltermins 2010 offensichtlich Zensur ausgeübt. Anwendung fand dabei das Gesetz »Zum Schutz der öffentlichen Moral« (Nr. 1296-IV, vom 20. November 2003), nach dessen Bestimmungen eine »Nationale Expertenkommission zu Fragen des Schutzes der öffentlichen Moral« gegründet wurde. Diese nahm ihre Arbeit real jedoch erst zum 23. Juni 2008 auf. Vorher gab es lediglich Änderungen der Zusammensetzung der Kommission auf Anordnungen der Ministerpräsidenten Wiktor Janukowytsch, Julija Tymoschenko und Jurij Jechanurow. Heute besteht die Kommission aus 39 Mitgliedern (Schauspieler, Journalisten, Wissenschaftler, Parlamentsabgeordnete, Vertreter der Ministerien für Justiz, Bildung, Kultur und Familie).

Hauptaufgabe der Kommission ist es die »öffentliche Moral« und die »moralische Gesundheit der Gesellschaft« zu schützen. Der Begriff »öffentliche Moral« wird dabei folgendermaßen definiert: »System ethischer Normen und Verhaltensregeln, die sich in der Gesellschaft auf der Basis traditioneller geistiger und kultureller Werte, Vorstellungen vom Guten, von Ehre, Würde, bürgerlichen Pflichten, Gewissen und Gerechtigkeit eingestellt haben.« (Artikel 1) Große Bedeutung kommt dabei im Gesetz den Kategorien Pornographie sowie Erzeugnissen »pornographischen, sexuellen und erotischen Charakters« zu. Der Anwendungsbereich des Gesetzes ist durch dessen Vorschriften praktisch nicht beschränkt. Es wird lediglich in Artikel 4 die Einschränkung vorgenommen, dass Dokumentationsmaterialien, Literatur, Kunst und Kultur, die als klassisch oder Weltkunst anerkannt sind, sowie Anschauungsmaterialien für Bildung und Wissenschaft nicht in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen und somit kein Untersuchungsgegenstand der Arbeit dieser Kommission sein

können. Dementsprechend weit ist das Betätigungsfeld dieser Kommission in den letzten Jahren gewesen.

Die Bestimmungen des Gesetzes sind dabei nicht eindeutig und widersprechen sich, da z. B. die Kommission einerseits erst auf Initiative physischer oder juristischer Personen vor der Einführung des zu untersuchenden Produkts oder von Regierungsorganen aller Ebenen auch nach der Einführung eines Erzeugnisses aktiv wird (Artikel 10). Dabei gibt die Kommission nach einer eingehenden Expertise Empfehlungen an die zuständigen Regierungsorgane zum weiteren Umgang mit dem Untersuchungsgegenstand. Diese Regierungsorgane sind dazu verpflichtet, die Empfehlungen der Kommission zu prüfen (Artikel 17 und 19). Andererseits gehört die Kontrolle der Einhaltung der bestehenden Gesetze der Ukraine zu ihren Aufgaben und sie soll hierfür u. a. eine Überwachung der »Tele-, Radio- und Videoproduktion, des Kinoprogramms, der Kino- und Videoanlagen, Videosäle, Druckerzeugnisse der Massenmedien« durchführen. Weiterhin bedarf der Vertrieb und die Aufführung von Erzeugnissen mit »erotischem« und »sexuellem« Inhalt der Erlaubnis der Kommission. Was »erotisch« oder »sexuell« ist, wird dabei nirgendwo genau festgelegt. Zudem überschneidet sich der Zuständigkeitsbereich der Kommission mit den Funktionen der Staatsanwaltschaft, des Sicherheitsdienstes der Ukraine, der Staatlichen Kommission für Fernseh- und Rundfunkübertragung und des Kulturministeriums, um nur die wichtigsten zu nennen.

Willkürliche Entscheidungen

Der erratische und willkürliche Charakter der Tätigkeit der Kommission und die weite Auslegung des Begriffs der »öffentlichen Moral« lassen sich an einigen Beispielen illustrieren. So monierte die Moralkommission in einer Entscheidung vom 27. August 2009, dass die »Gib AIDS keine Chance«-Kampagne des Gesundheitsminis-

teriums (!) mit dem Slogan »Jeglicher Sex ist gut, wenn er geschützt ist« der »moralischen Gesundheit der Bevölkerung« Schaden zufügen könnte. Das Titelbild und einige Passagen des Buches »Die Frau seiner Träume« des sozialkritischen Schriftstellers Oles Uljanenko wurde in einer nicht öffentlich gemachten Entscheidung am 2. Februar 2009 als »pornographisch« eingestuft. Daraufhin verweigerte der Verlag dem Schriftsteller den Druck des Buches. Nach der am 16. Juli 2009 erfolgten Einstufung als »pornographisch« wurde dem Homosexualität thematisierenden Film »Brüno« durch die zuständige Abteilung des Kulturministeriums die Lizenz verweigert. Die für ihre feinsinnige Gesellschaftskritik bekannte Fernsehserie »Die Simpsons«, die auch vorher bereits erst im Abendprogramm ausgestrahlt wurde, bekam am 27. Januar 2009 eine Wertung als Gefährdung für die »psychische Entwicklung von Kindern und Heranwachsenden«; infolge des Ergebnisses der daran anschließenden Expertise wurde der Serie vom zuständigen Klassifizierungsorgan des Kulturministeriums die Sendelizenz entzogen.

Weiter wurden die erst nach 22 Uhr ausgestrahlten ukrainischen und russischen Varianten der Satiresentzung »Comedy Club«, die aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen thematisieren, am 11. November 2008 in einer Entscheidung der Moralkommission zurechtgewiesen, dass die verwendeten Worte und Ausdrücke nicht den Anforderungen des Artikels 2 des Gesetzes »Zum Schutz der öffentlichen Moral« entsprechen. Ein Mitglied des ukrainischen Kollektivs äußerte den Verdacht, dass der wahre Grund in der Verwendung des Russischen liegt. Seit dem 16. Juli 2009 unterliegt der »Comedy Club« einer Dauerüberwachung durch die Mitglieder der Moralkommission. Ebenfalls wurde am gleichen Tag eine Überwachung aller Radiosender auf UKW und MW durch die Kommission beschlossen. Dabei soll geprüft werden, inwieweit das Programm der Radiosender den Anforderungen der ukrainischen Gesetzgebung in Bezug auf das Verhältnis von ukrainischen zu »ausländischen« Sprachanteilen gerecht wird. Damit wird indirekt der Verdacht des »Comedy Clubs« bestätigt. Die Straßenreklame »Okraino! Entsinne dich deines Namens« mit einer Darstellung der Ukraine als Randgebiet (Okraino=Randgebiet) des Russischen Imperiums wurde am 30. September 2009 als beleidigend für die ukrainische Nation (ebenfalls Artikel 2) eingestuft und eine Entfernung verlangt. Die Infragestellung der Souveränität der Ukraine ist dabei jedoch eindeutig ein Fall für den Sicherheitsdienst der Ukraine und die Staatsanwaltschaft, die parallel dazu aktiv wurden.

Die Entscheidungen der Moralkommission, soweit sie öffentlich einsehbar sind, können praktisch nicht vor Gericht angefochten werden, zudem werden keine detaillierten Begründungen veröffentlicht. Gewisser-

maßen existiert somit innerhalb dieser Kommission ein Geheimwissen darüber, was in der Ukraine zulässig ist und was nicht. Auch wenn die Kommission nur »Empfehlungen« ausspricht, sind Verstöße gegen diese in der Realität der Ukraine weitaus schwerwiegender als reale Gesetzesverstöße. Der Verstoß gegen eine Empfehlung der Kommission oder deren Begriff von »öffentlicher Moral« kann beispielsweise zu einem Besuch der Steuerfahndung oder zum Entzug von Lizenzen führen, was russischen Fernsehsendern (Erster Kanal, RTR-Planeta, Ren-TV, TVCI) am 1. Oktober 2008 geschah, die unter anderem wegen Verstoßes gegen die »öffentliche Moral« und Verstößen gegen Werbegesetze für unterschiedlich lange Zeit nicht mehr in ukrainischen Kabelnetzen legal empfangbar waren. Deren Programm war trotz des bereits erfolgten Verbots am 27. Januar 2009 und 5. März 2009 Thema der Erörterungen der Moralkommission. Dabei ging es um Sendungen vom 6. und 11. November 2008 (Marktführer Volia-Kabel setzte das Verbot erst zum 1. November um) zum Holodomor und dem 300. Jahrestag der Schlacht von Poltawa. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die erwähnten Dokumentationen »Anzeichen der Propaganda der Feindschaft zwischen Nationen und Religionen« (Holodomor) aufweisen bzw. tendenziös (Poltawa) sind. Den Antrag stellte jeweils der Nationale Rat für Fernseh- und Rundfunkübertragung, der vorher das Verbot der Einspeisung in die ukrainischen Kabelnetze ausgesprochen hatte. Offensichtlich wusste man sich damals nur durch ein Verbot vor der russischen Propaganda zu schützen, und dies bei Sendern, die den Angaben des Marktforschungsunternehmens GfK Ukraine nach insgesamt nur auf einen Marktanteil von 3 % kamen.

Die Tätigkeit der Moralkommission und ihr »Ringeln um die öffentliche Moral« nimmt bisweilen groteske Züge an. So wurde in einer öffentlich gemachten Entscheidung am 18. Februar 2010 auf Antrag zweier Abgeordneter von Unsere Ukraine durch den Ersten Ministerpräsidenten Oleksandr Turtschynow der Moralkommission eine Liste von Filmen zur Prüfung vorgelegt, die bereits in ihrem Namen Bezüge zu Pornographie aufwiesen. Die Kommission entschied, allen Mitgliedern eine Kopie der Filme zur genauen Prüfung zu geben. In einem anderen Fall musste sich die Programmdirektorin von »MTV Ukraina« bei einer Anhörung zur Einstufung einer unter anderem Homosexualität thematisierenden Folge der Trickfilmserie »South Park« als »Kinderpornographie« allen Ernstes vom Vorsitzenden der Moralkommission die Frage gefallen lassen, ob denn ihre Eltern wüssten, was sie macht.

Kritik an der Kommission

Aufgrund ihrer Tätigkeit erhielt die Moralkommission 2009 den Antipreis »Distel des Jahres« von der ukraini-

schen Helsinkivereinigung für Menschenrechte für die »Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung«. Begründet wurde dies mit der Einrichtung einer staatlichen Zensur, die durch nichts eingeschränkt ist und beständig ausgeweitet werden kann. Das Gesetz »Zum Schutz der öffentlichen Moral« ist unklar formuliert und erlaubt eine breite situative Anwendung, damit verstößt es gegen die Anforderungen des Artikels 10 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Durch die unklaren Formulierungen und die Intransparenz der getroffenen Entscheidungen ist es beispielsweise als Künstler oder Journalist praktisch unmöglich das eigene Handeln vorausschauend zu planen, um nicht unter die Kriterien eines Verbots zu fallen. Darüber hinaus werden die fehlende Möglichkeit der Anfechtung einer Entscheidung der Moralkommission und die seltene Möglichkeit für Betroffene, ihre Position vor der Kommission darzulegen, angemerkt.

Zu einem ähnlichen Schluss kamen am 24. März 2010 Experten des Europarates bei einem »Runden Tisch« unter Beteiligung von Vertretern der Moralkommission zu dem Gesetz »Zum Schutz der öffentlichen Moral«.

Proteste gegen die Zensur

Parallel dazu gab es gesellschaftliche Proteste, insbesondere von Künstlerseite. So simulierte der Blogger Oleksandr Wolodarskij mit einer Partnerin vor dem Parlamentsgebäude in Kiew unbekleidet einen Geschlechtsakt, um auf die Doppelmoral der Parlamentarier hinzuweisen. Nach der erfolgten Verhaftung mit anschließender anderthalbmonatiger Untersuchungshaft (!) drohten ihm bis zu fünf Jahre Haft, die aber im November 2010 auf ein Jahr Bewährung reduziert wurden. Die bekannten ukrainischen Schriftsteller Jurij Andruchowytch und Serhij Shadan engagierten sich ebenfalls in der im Zuge sich verschärfender Zensur entstehenden »Anti-NEK« Bewegung (NEK=Nationale Expertenkommission). Dabei wurden Lesungen und Diskussionen veranstaltet. Gelesen wurde mit Vorliebe aus Büchern, die »nichtnormative Lexik« verwendeten und zudem »eine ungesunde Lebensweise propagierten«, dabei explizit den Konsum von Drogen, Alkohol und Tabak beschrieben – Dinge, die unter die im Artikel 2 des Gesetzes »Zum Schutz der öffentlichen Moral« aufgezählten Kriterien fallen könnten.

Am 18. Mai 2010 wandten sich zudem die Nationale Journalistenunion, die Ukrainische Assoziation der Herausgeber von Periodika, das Komitee der Fernsehindustrie, die Unabhängige Assoziation der Sender und die Internetassoziation der Ukraine an das Parlament mit einer Forderung nach Abschaffung des »Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Moral«, welches das Bürgerrecht auf Informationsfreiheit einschränkt. Das Parlament ist dem bislang nicht nachgekommen.

Neue Gesetzesvorhaben

Die befürchtete Erweiterung der Befugnisse wurde von der Moralkommission bereits selbst angestrebt. Dabei versuchte man Anfang 2010 das Gesetz um die Begriffe »nichtnormative Lexik«, »psychische Gewalt« und »Familienwerte« zu erweitern. Inzwischen wird ein Entwurf vom 15. September 2010 in den zuständigen Ausschüssen geprüft. Er verzichtet zwar auf den Begriff der »nichtnormativen Lexik«, jedoch werden unter anderem weiterhin »Familienwerte« und explizit »Ukrainophobie« als Begriffe eingeführt. Das Spiegelbuch »Die Erfindung der Deutschen« aus dem Jahre 2007 wäre somit bei einer Übertragung auf ukrainische Verhältnisse zensurgefährdet. Dem entgegen steht ein Gesetzentwurf vom 16. Juni 2010, der das Gesetz und damit die Kommission praktisch abschaffen möchte und stattdessen Erweiterungen der spezialisierten Gesetze vorsieht. Die Initiatoren beider Gesetze kommen aus allen Fraktionen (Opposition und Regierung), hinter beiden Gesetzentwürfen stehen aber einflussreiche Vertreter der Partei der Regionen. Für eine Erweiterung der Befugnisse der Moralkommission tritt Julia Nowikowa, Schwester des Leiters der Präsidialadministration Serhij Ljowotschkin und Vertreterin der Ukraine bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, ein, und für eine weitestgehende Abschaffung der Behörde Jurij Miroschnytschenko, der Vertreter des Präsidenten im Parlament. Damit könnten sich zwei Fronten innerhalb des Regierungslagers in puncto Zensur auftun, vermutlich deutet dies aber eher darauf hin, dass die Regierungsparteien auf jede Situation vorbereitet sein wollen.

Nichtsdestotrotz sind die unter und von Wiktor Juschtschenko belebten Zensurstrukturen weiterhin aktiv und werden von den jetzigen Machthabern gern fortgeführt. Diese standen jedoch von Anfang an unter Verdacht eine politische Zensur im Lande einzuführen. Die Einführung einer direkten politischen Zensur ist jedoch nicht im Sinne der Administration Janukowytsch: Sie muss wenigstens die demokratische Fassade aufrechterhalten, um weiterhin vom Westen akzeptiert zu werden. Daher werden wohl unter dem Vorzeichen des »Schutzes der Kinder« oder auch des »Schutzes der Informationssicherheit des Landes« bereits existierende Regelungen ausgebaut werden. Inwieweit sie Anwendung finden werden, wird auch von der Beobachtung seitens der Europäischen Union abhängen.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

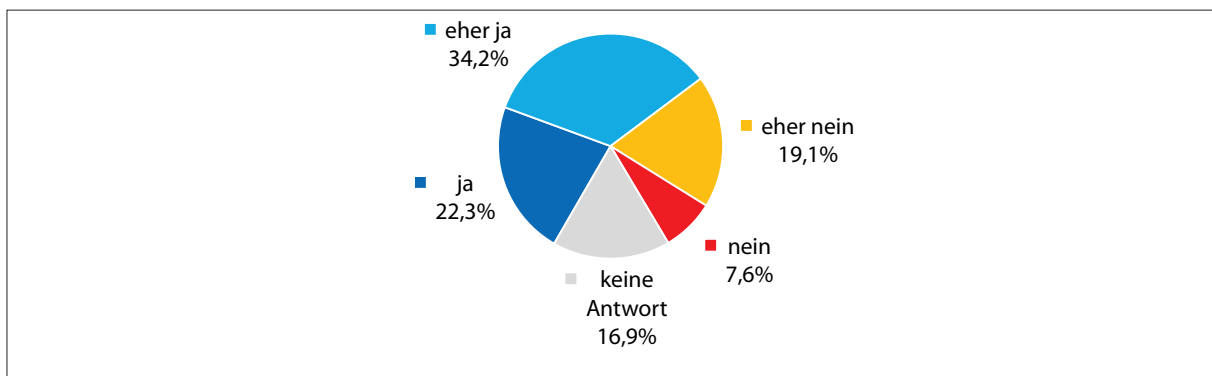
Über den Autor:

Andreas Stein ist freier Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Kiew und Herausgeber der Website www.ukraine-nachrichten.de.

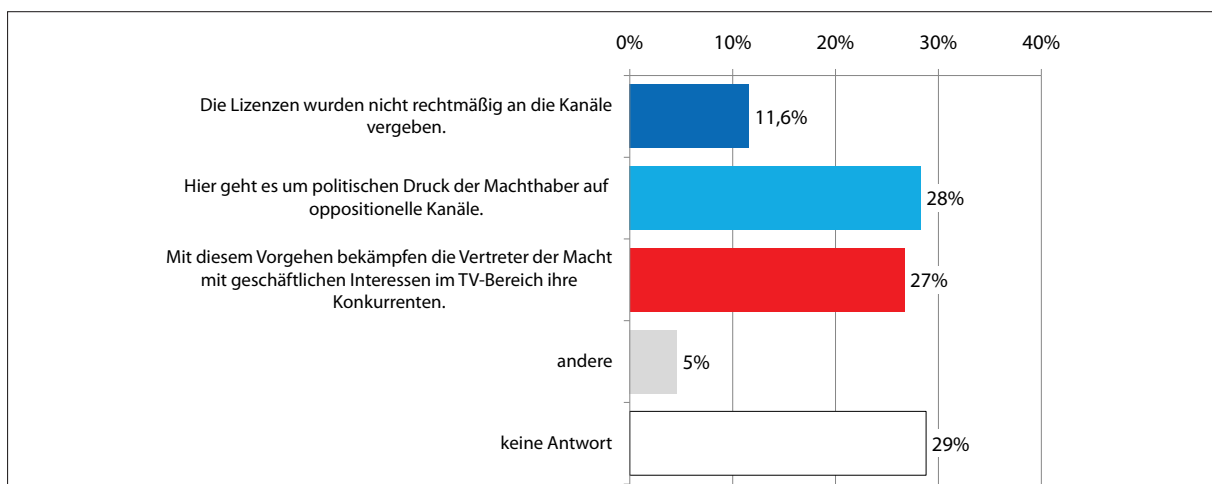
Lesetipps:

- »Gesetz zum Schutz der öffentlichen Moral«, <http://zakon.rada.gov.ua/cgi-bin/laws/main.cgi?nreg=1296-15> (ukrainisch)
- Jewgenija Belorussez: Zensurphantome vor dem Hintergrund einer scheidenden Epoche, <http://www.ukraine-nachrichten.de/2155/zensurphantome-hintergrund-einer-scheidenden-epoche>

UMFRAGEN ZUM TEXT

Zensur und Lizenzen**Grafik 1: Gibt es in der Ukraine eine politische Zensur?**

Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 30.9. bis 5.10.2010, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=563

Grafik 2: Ende August 2010 wurden den beiden Sendern TVi und 5. Kanal vom Kiewer Berufungsverwaltungsgericht die im Januar 2010 erteilten zusätzlichen Sendelizenzen wieder entzogen. Welcher der folgenden Einschätzungen würden Sie am ehesten zustimmen?

Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 30.9. bis 5.10.2010, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=565

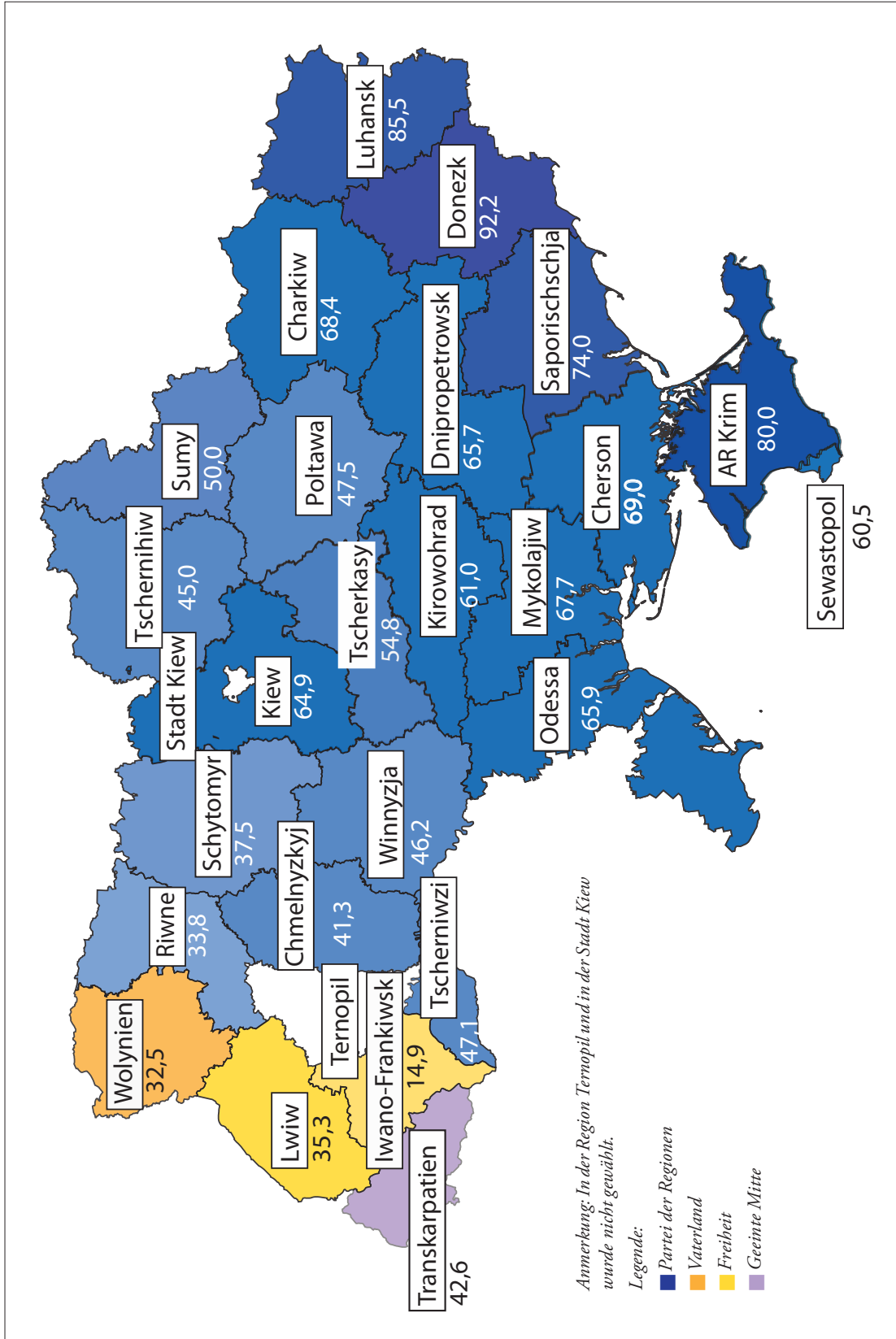
Rückblick auf die Kommunalwahlen

Vorläufige Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen in den Hauptstädten der Regionen

Charkiw	Hennadij Kernes	Partei der Regionen (30,09 %)
Cherson	Wolodymyr Saldo	Partei der Regionen (28,6 %)
Chmelnyzkyj	Serhij Melnik	Vaterland (71,5 %)
Dnipropetrowsk	Iwan Kulitschenko	Partei der Regionen (37,8 %)
Donezk	Oleksandr Lukjantschenko	Partei der Regionen (72,08 %)
Iwano-Frankiwsk	Wiktor Anuschkewitschus	Ukrainische Volkspartei (27,2 %)
Kirowohrad	Oleksandr Sainsus	Partei der Regionen (34,6 %)
Luhansk	Serhij Krawtschenko	Partei der Regionen (31,74 %)
Luzk	Mykola Romanjuk	Starke Ukraine (32,8 %)
Lwiw	Andrij Sadowij	Republikanisch-Christliche Partei (41,6 %)
Mykolajiw	Wolodymyr Tschajka	Partei der Regionen (37,1 %)
Odessa	Oleksij Kostussew	Partei der Regionen (50,8 %)
Poltawa	Oleksandr Mamaj	Gewissen der Ukraine (61,64 %)
Riwne	Wolodymyr Chomko	Allukrainische patriotische Vereinigung (67,35 %)
Saporischschja	Oleksandr Sin	Vaterland (38,28 %)
Schytomyr	Wolodymyr Deboj	Partei der Regionen (19,9 %)
Simferopol	Wiktor Agejew	Partei der Regionen (46,4 %)
Sumy	Hennadij Minajew	Heimatstadt (61,23 %)
Ternopil	Serhij Nadal	Freiheit (27,4 %)
Tscherkasy	Serhij Odarytsch	Partei der freien Demokraten (35,4 %)
Tschernihiw	Oleksandr Sokolow	Partei der Regionen (33,8 %)
Tscherniwzi	Mykola Fedoruk	Einheit (64,69 %)
Uschhorod	Wiktor Pohorjelow	Partei der ökologischen Rettung Eko+25 % (33 %)
Winnyzja	Wladimir Grojsman	Gewissen der Ukraine (77,81 %)

Quelle: Kommersant, 8.11.2010, <http://kommersant.ua/doc.html?DocID=1534981&Issued=7000613>

Karte 1: Vorläufige Wahlergebnisse für die Regionalparlamente (% der stärksten Partei)



Kartographie: Sebastian Klüsener, Bearbeitung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann
 Quelle: Ukrainska pravda, 23.11.2010, <http://www.pravda.com.ua/articles/2010/11/8/5552584/>

Kurzvorstellung ausgewählter Parteien

Einheit

Die Partei wurde 1999 unter Anatolij Lopata gegründet und zeitweilig vom ehemaligen Kiewer Bürgermeister Oleksandr Omeltschenko geleitet. Sie ist sozial orientiert und hat sich dem »national-demokratischen Zentrismus« verschrieben. Sie setzt auf traditionelle Werte: Religion, Moral, Familie, Nation.

Geeinte Mitte

Die Partei wurde im März 2008 gegründet und unterstützt den ehemaligen ukrainischen Staatspräsidenten Wiktor Juschtschenko. Ihr Vorsitzender heißt Ihor Krill. Erklärte Ziele der Partei sind: Angleichung des Lebensstandards in der Ukraine an den in der EU, Wiederherstellung einer geordneten politischen Führung, Modernisierung der Wirtschaft und Stärkung der Einheit des Landes.

Gewissen der Ukraine

Die Partei wurde 2005 gegründet, ihr Vorsitzender ist Chatschatur Chatschaturjan, Rektor der Kiewer Internationalen Universität. Angestrebt werden ein demokratisches, dezentralisiertes Regierungssystem, die Selbstständigkeit der Gemeinden und die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung.

Heimatstadt

Die Partei steht für lokalen Patriotismus ein. Sie distanziert sich von der landesweit aktiven politischen Opposition und will sich auf die Lösung der Probleme vor Ort konzentrieren, wobei den Lokalorganisationen maximale Freiheit gewährt werden soll. Laut Medienberichten wurde die Partei somit zum Auffangbecken für parteilose Kandidaten. Die Partei ist seit April 2009 registriert.

Partei der freien Demokraten

Sie ist die Nachfolgerin der 1999 gegründeten Partei Apfel und wird heute von Michail Brodskij geführt, dem politische Verbundenheit zu Wiktor Janukowytsh nachgesagt wird. Die Partei ist liberal ausgerichtet, wendet sich an die Mittelklasse und spricht sich vehement gegen eine Spaltung des Landes in Blau gegen Orange und Ost gegen West aus. 2005 entschloss sich die Partei Julija Tymoschenko zu unterstützen und trat der Partei Vaterland bei. Nach größeren Auseinandersetzungen nahm die Partei ihre Arbeit dann wieder selbstständig auf und 2007 folgte die Umbenennung in Partei der freien Demokraten sowie die Aufnahme einiger führender Mitglieder der Partei Pora.

Partei der ökologischen Rettung »Eko+25%«

Die Partei konzentriert sich auf Umweltpolitik und die Durchsetzung sozialer Rechte. Sie spricht sich für den Schutz der verfassungsrechtlich garantierten Menschenrechte aus, insbesondere für das Recht auf ein gesundes Leben. Zentrale Forderung der Partei ist die Einführung von Sonderzahlungen (25 % von Lohn, Rente, Stipendium) an Menschen, die in stark verschmutzten Gebieten der Ukraine leben. Sie wurde im Jahr 2001 gegründet, ihr Vorsitzender ist Ihor Roschok.

Republikanisch-Christliche Partei

Die Partei ist seit 1997 registriert und gehörte 2002 zum Block Unsere Ukraine. An den Parlamentswahlen 2006 nahm die Partei nicht teil, 2007 scheiterte sie mit dem Block Ljudmyla Suprun an der 3 %-Hürde. Übergeordnete Ziele sind die »nationale und christliche Wiedergeburt« der Ukraine, die Durchsetzung der Menschenrechte, die Vereinigung der verschiedenen ukrainischen orthodoxen Kirchen sowie der nationalen christlichen Kirchen.

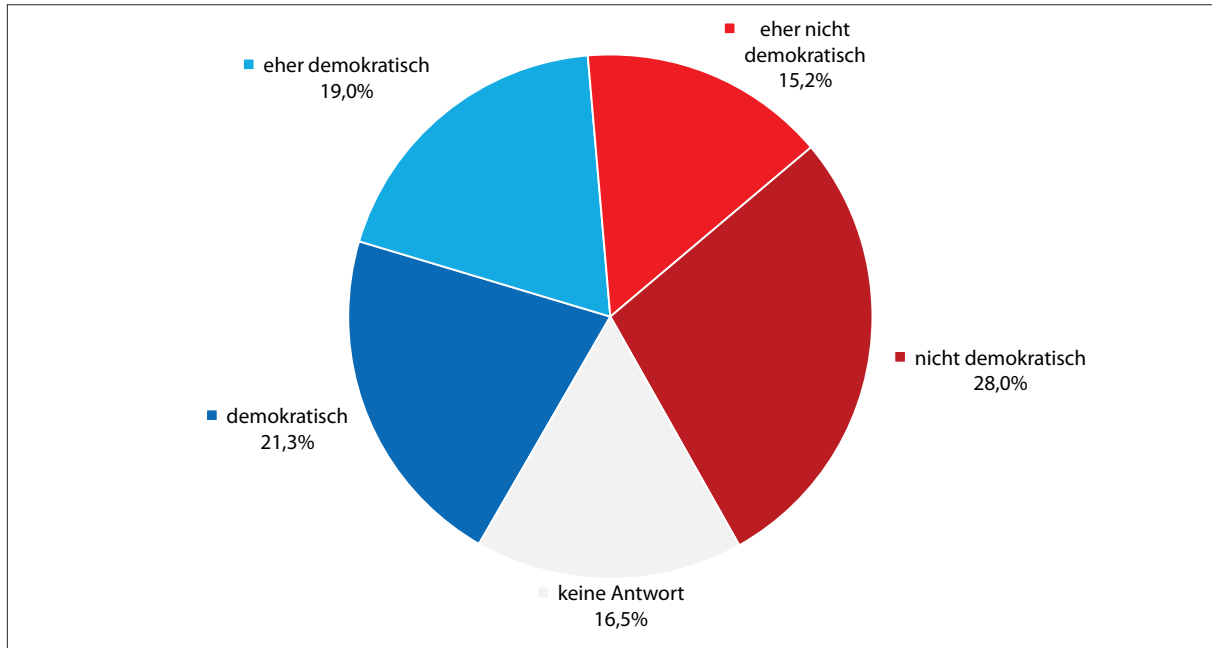
Ukrainische Volkspartei

Die rechts-zentrische Partei hat sich im Jahr 1999 von der »Ukrainischen Volksbewegung« abgespalten. An der Spitze der Partei steht seit der Gründung der ehemalige Umweltminister Jurij Kostenko. Die Partei setzt sich laut Wahlprogramm für die Demokratisierung der Ukraine gemäß dem europäischen Modell und für die allmähliche wirtschaftliche und politische Integration in die EU ein. Sie unterstützt den Beitritt der Ukraine zur NATO und kämpft für eine »nationale und geistige Wiedergeburt« der Ukraine. 2002 und 2007 nahm die Partei mit dem Block Unsere Ukraine an den Parlamentswahlen teil.

Zusammengestellt von Wojciech Bednarek und Judith Janiszewski

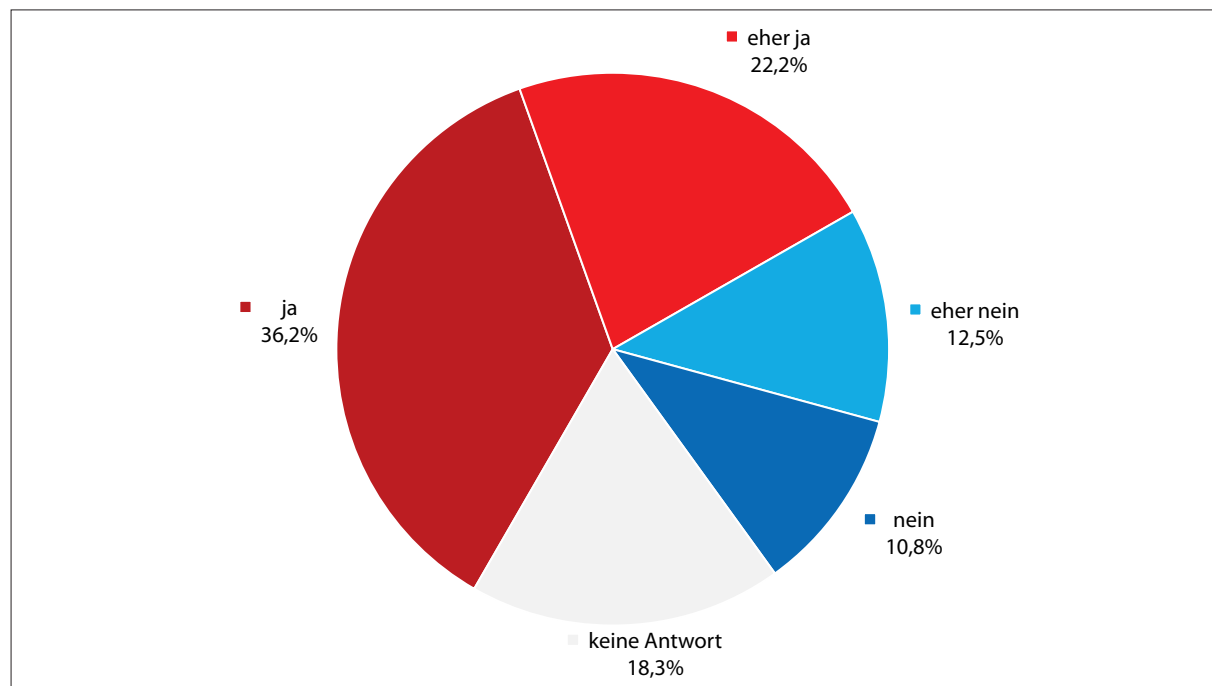
Umfragen zur Durchführung der Kommunalwahlen

Grafik 1: Verliefen die Kommunalwahlen in der Ukraine demokratisch oder nicht demokratisch?



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 15. bis 18.11.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.11/k_19_11.html

Grafik 2: Gab es bei den letzten Kommunalwahlen Gesetzesverstöße und Wahlfälschungen?



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 15. bis 18.11.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.11/k_19_11.html

Presseerklärung zum EU-Ukraine-Gipfel

14th EU-Ukraine Summit Joint Press Statement

1. The 14th EU-Ukraine Summit took place in Brussels on 22 November, 2010. The European Union (EU) was represented by Mr Herman Van Rompuy, President of the European Council and Mr José Manuel Barroso, President of the European Commission. Ukraine was represented by President Viktor Yanukovich.

[...]

5. The leaders expressed their satisfaction at the progress achieved in EU-Ukraine relations. In this regard they stressed the importance of the EU-Ukraine Association Agreement which is currently being negotiated. They reiterated their common commitment to establishing a deep and comprehensive free trade area between Ukraine and the EU with a view to providing for gradual integration of Ukraine's into the EU's internal market. They looked forward to the conclusion of negotiations as soon as possible while retaining the quality and viability of the Association Agreement.

6. The leaders welcomed important reforms taken by Ukraine notably in the economic sphere to ensure an early return to growth and competitiveness. They heralded the agreement reached with the IMF on a Standby Loan for Ukraine based upon a macro-economic stability programme. For its part, the Ukrainian side welcomed the EU's commitment to provide additional support through a macro-financial assistance package of €610 million. Both sides expressed their commitment to a swift conclusion of negotiations on the associated Memorandum of Understanding. [...]

7. The leaders warmly welcomed the Action Plan towards visa liberalisation for Ukraine. The Action Plan sets out all technical conditions to be met by Ukraine in order to progress towards the establishment of a visa free regime as a long term perspective for short stay travel for Ukrainian citizens. Its implementation will start now and will be systematically monitored by both sides.

8. The EU heralded Ukraine's signature of the accession Protocol to the Energy Community following the adoption of a law on the Principles of Functioning of the Natural Gas Market and looked forward to its imminent accession to that body. The leaders expressed their confidence that the reforms required by the Energy Community Treaty would significantly strengthen the transparency, competitiveness and sustainability of the sector. [...]

[...]

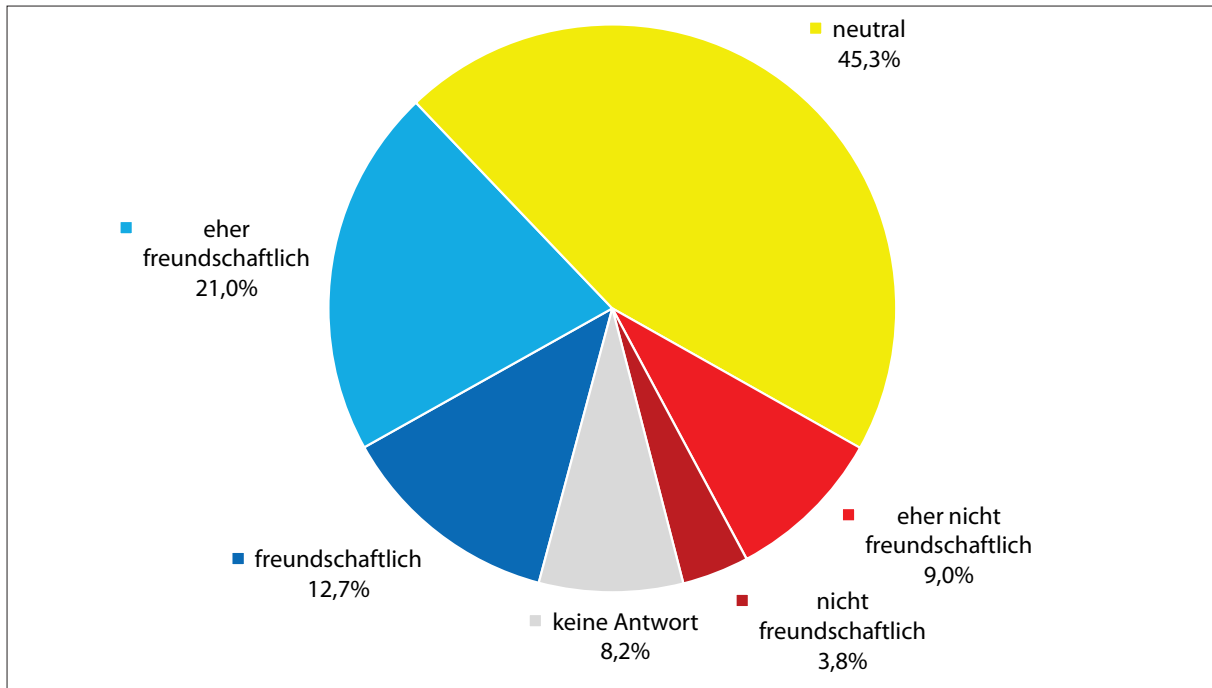
10. The leaders also welcomed signature at the Summit of a Protocol allowing Ukraine to participate in EU programmes which will further support regulatory and administrative reform, thereby promoting sectoral integration through convergence of Ukrainian policies with EU norms, standards and best practices. The Protocol paves the way for participation in EU programmes in areas such as business and entrepreneurship, energy and information, communication and technology.

[...]

12. The leaders discussed international and regional issues of common interest, in particular relations with Belarus, Russia as well as the Transnistria settlement in the Republic of Moldova. As partners in the 5 + 2 Transnistria settlement format, they agreed to continue their close co-operation underlining that the unconditional resumption of formal 5 + 2 talks remained a shared goal for both. They expect progress on this matter on the occasion of the OSCE Summit in Astana on 1–2 December 2010. The leaders agreed to strengthen cooperation in fighting against the acts of piracy and armed robbery off the coast of Somalia. In this regard, the EU welcomed the participation of Ukraine in the EU NAVFOR Somalia – Operation Atalanta and looked forward to its further contribution.

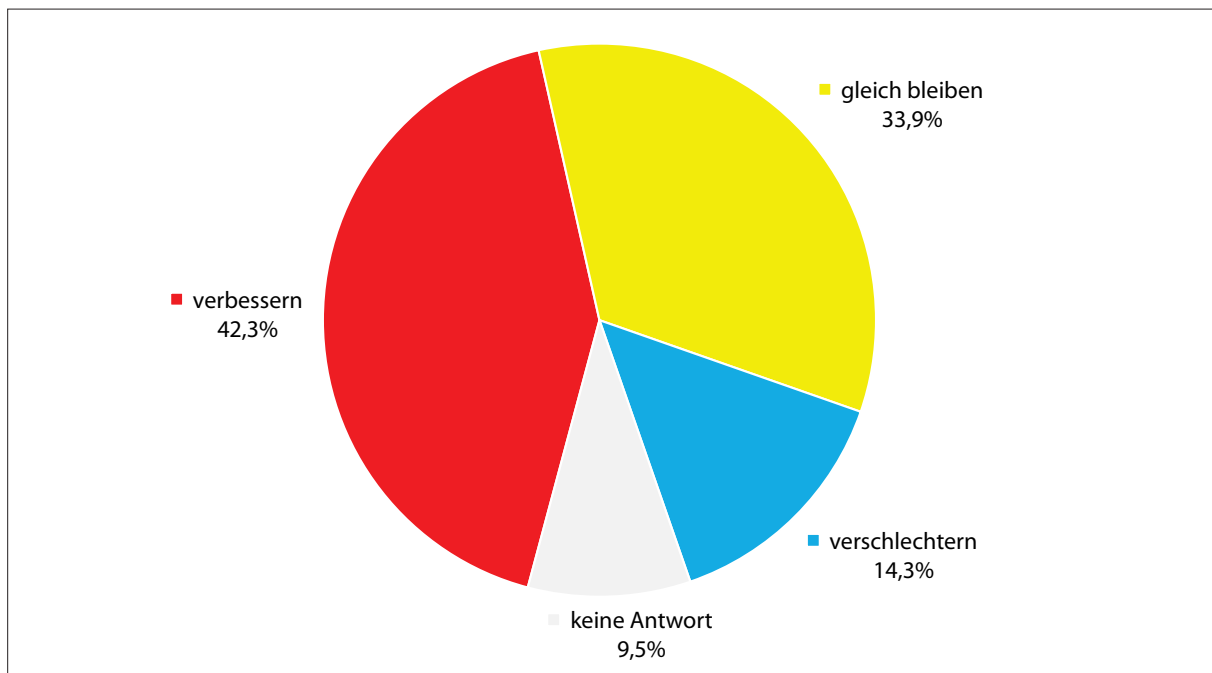
Umfragen zur Einstellung zur EU

Grafik 1: Wie schätzen Sie die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine ein?



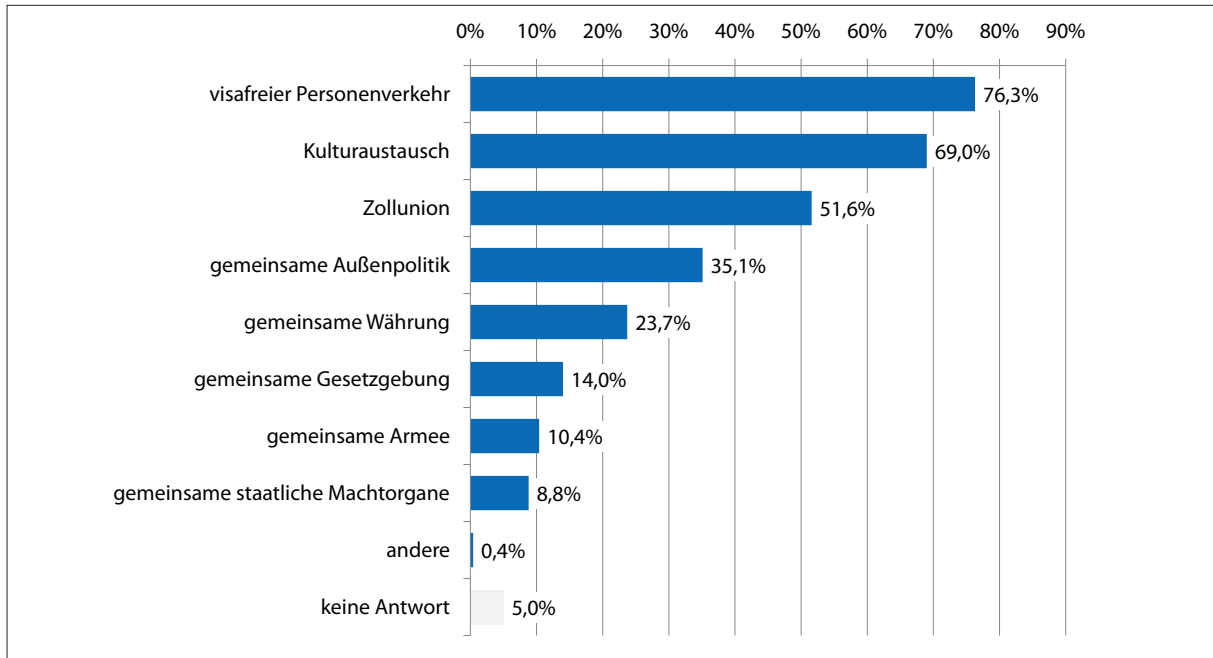
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 15. bis 18.11.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.11/k_19_11.html

Grafik 2: Wie werden sich die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine in Zukunft entwickeln?



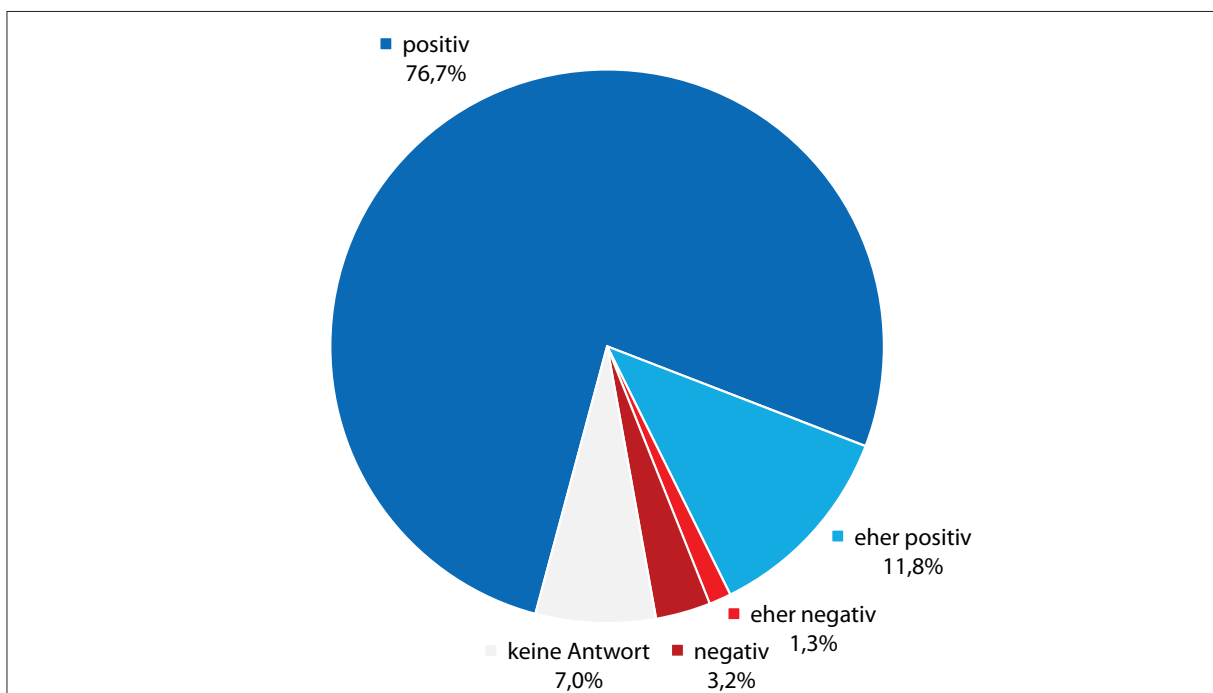
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 15. bis 18.11.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.11/k_19_11.html

Grafik 3: Welche Maßnahmen sind für die Annäherung zwischen der EU und der Ukraine besonders sinnvoll?



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 15. bis 18.11.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.11/k_19_11.html

Grafik 4: Wie beurteilen Sie die Vereinfachung des Visaregimes zwischen der EU und der Ukraine?

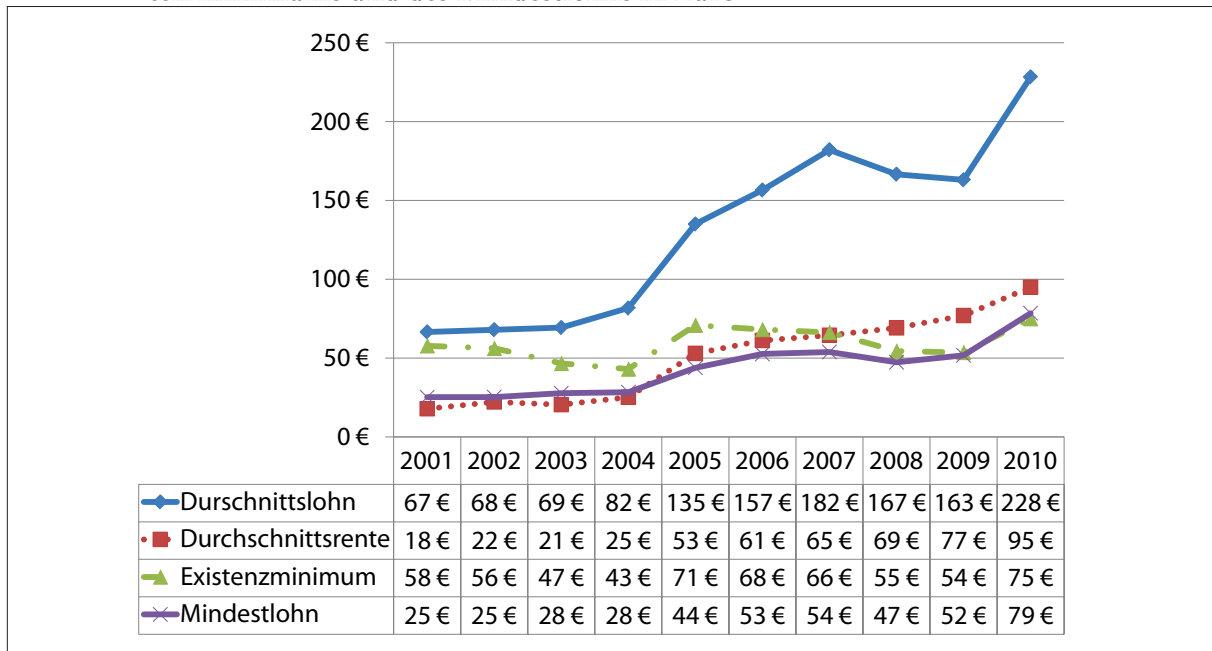


Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 15. bis 18.11.2010, http://www.kipu.org.ua/Komment/2010.11/k_19_11.html

STATISTIK

Aktuelle Sozialdaten

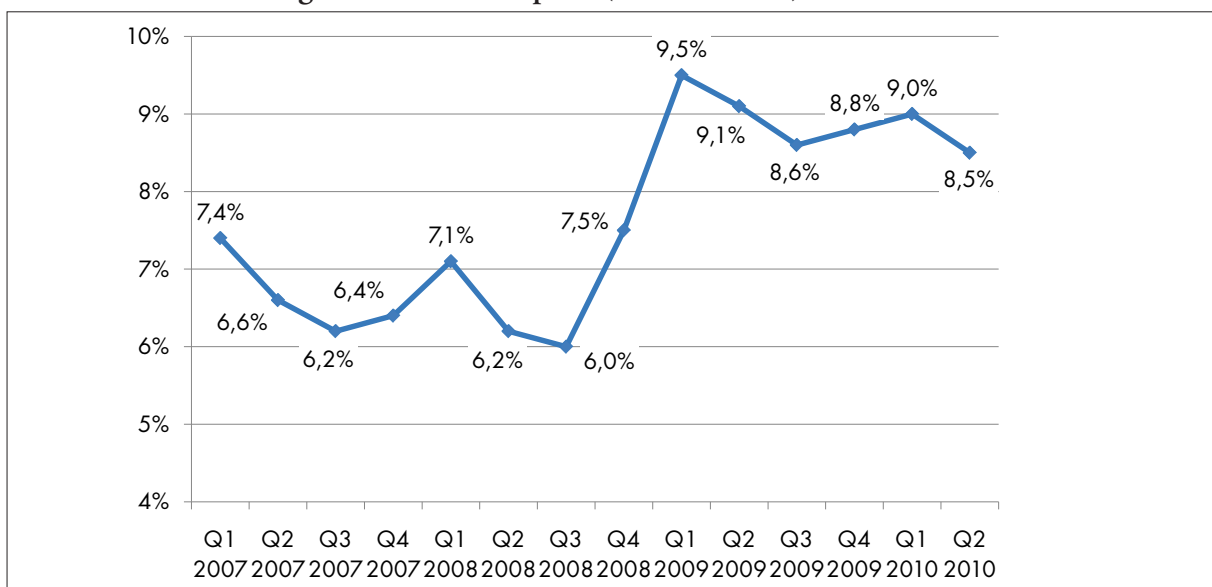
Grafik 1: Entwicklung des monatlichen Durchschnittslohns, der Durchschnittsrente, des Existenzminimums und des Mindestlohns in Euro



Anmerkung: Wert für Existenzminimum und Mindestlohn jeweils zu Beginn des Jahres. Das Existenzminimum soll bis Ende des Jahres auf 79 Euro und der Mindestlohn auf 83 Euro angehoben werden. Durchschnittslohn: Wert für September 2010. Rente: Wert für Januar bis Oktober 2010.

Quelle: Durchschnittslohn aus dem Statistischen Jahrbuch der Ukraine 2007 und vom Ukrainischen Statistikamt, www.ukrstat.gov.ua, Existenzminimum von <http://westua.net/blog.php?rid=566> und <http://trudovepravo.com.ua/progytkovymimum>, Mindestlohn von Wikipedia, http://uk.wikipedia.org/wiki/%D0%9C%D1%96%D0%BD%D1%96%D0%BC%D0%B0%D0%BB%D1%8C%D0%BD%D0%B0_%D0%B7%D0%B0%D1%80%D0%BE%D0%B1%D1%96%D1%82%D0%BD%D0%B0_%D0%BF%D0%BB%D0%B0%D1%82%D0%B0

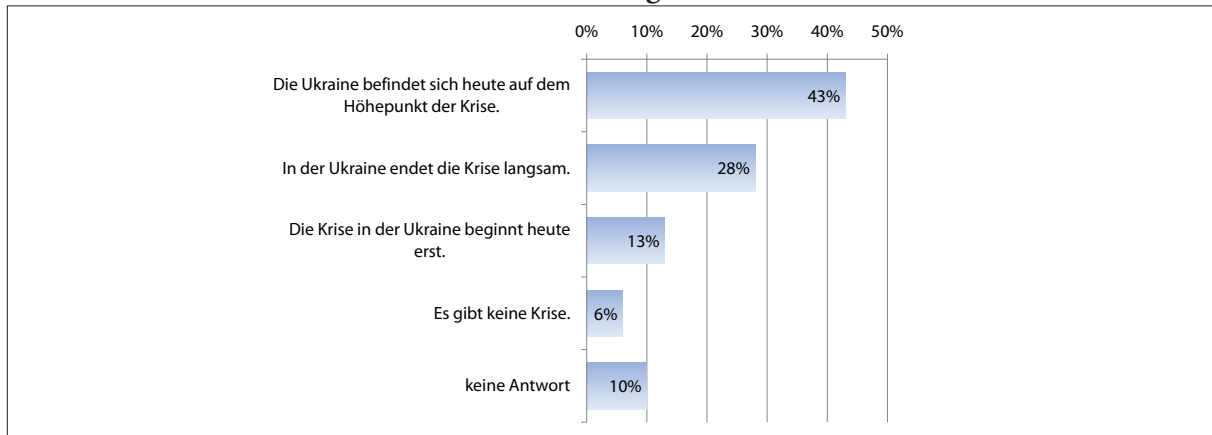
Grafik 2: Entwicklung der Arbeitslosenquote (ILO-Methode)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor 11/2010.

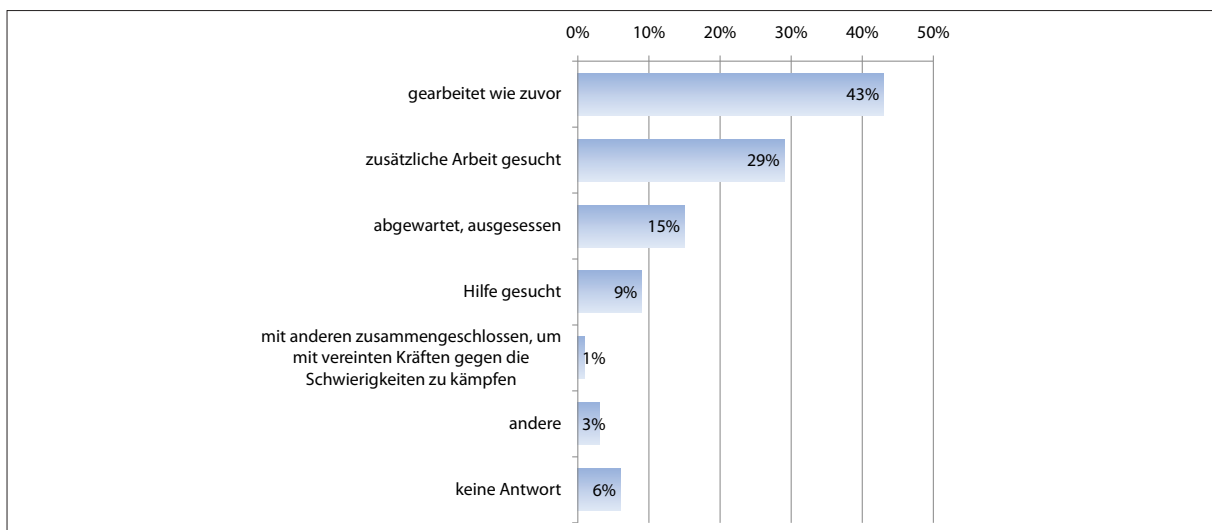
Umfragen zur Wirtschaftskrise

Grafik 1: Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Lage in der Ukraine ein?



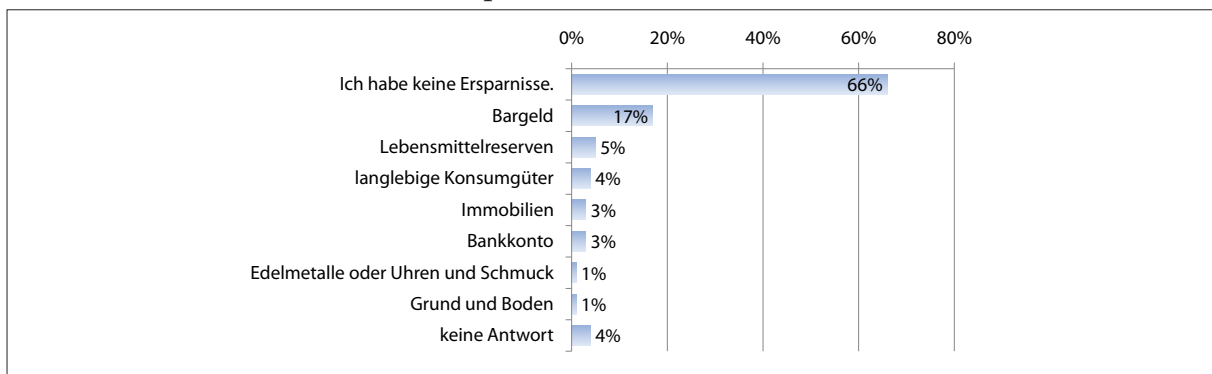
Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 17. bis 24.9.2010, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6862.html>

Grafik 2: Wie haben Sie sich während der Krise verhalten? (zwei Antworten möglich)

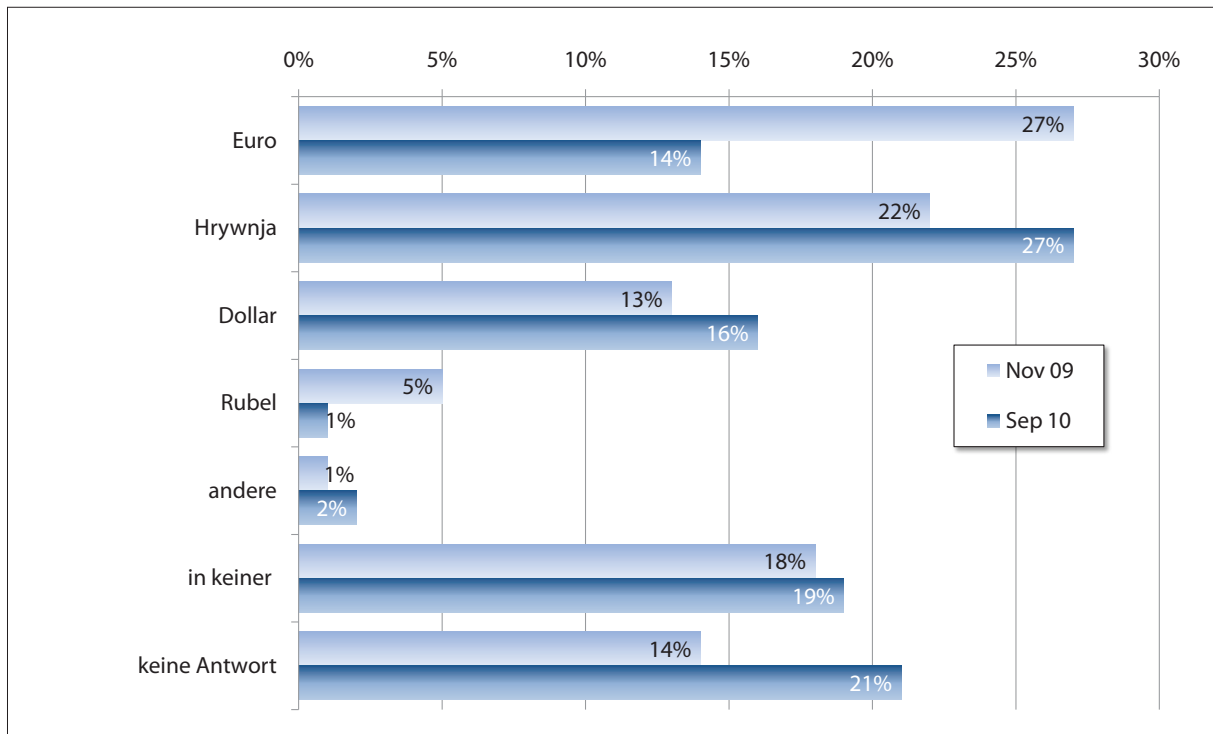


Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 17. bis 24.9.2010, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6862.html>

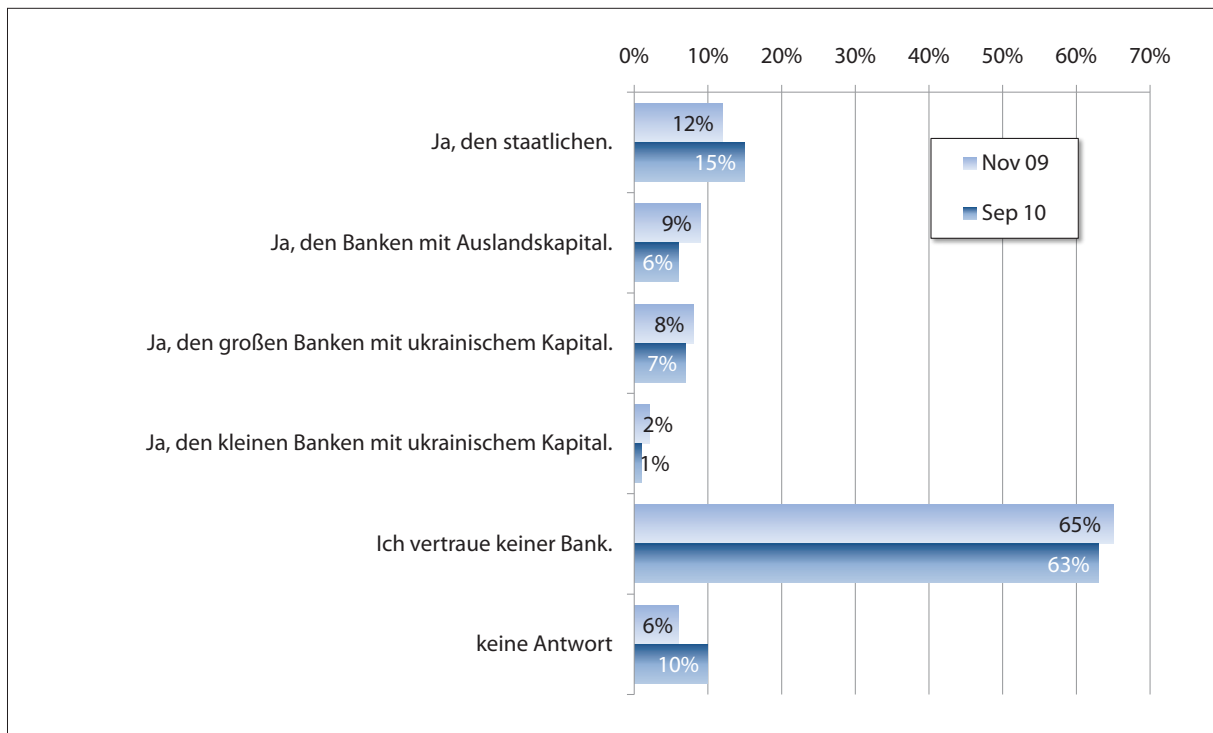
Grafik 3: Wie verwalten Sie ihre Ersparnisse?



Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 17. bis 24.9.2010, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6862.html>

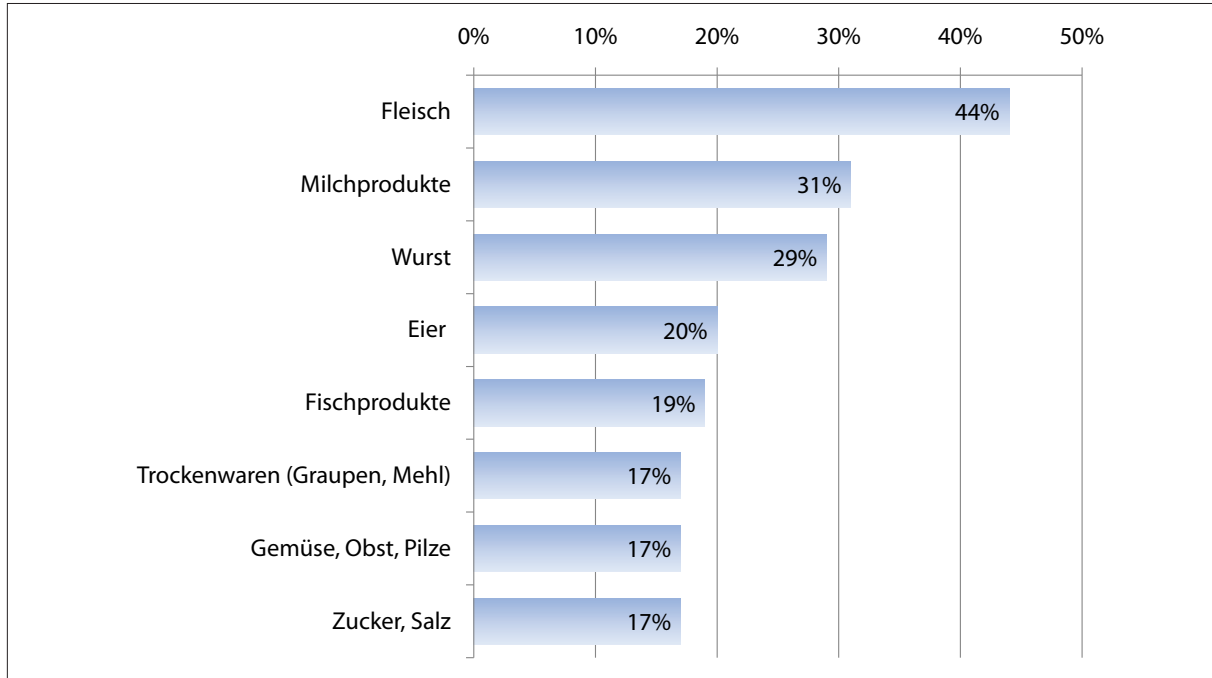
Grafik 4: In welcher Währung kann man seine Ersparnisse vorteilhaft und sicher verwahren?

Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 17. bis 24.9.2010, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6862.html>

Grafik 5: Vertrauen Sie den ukrainischen Banken?

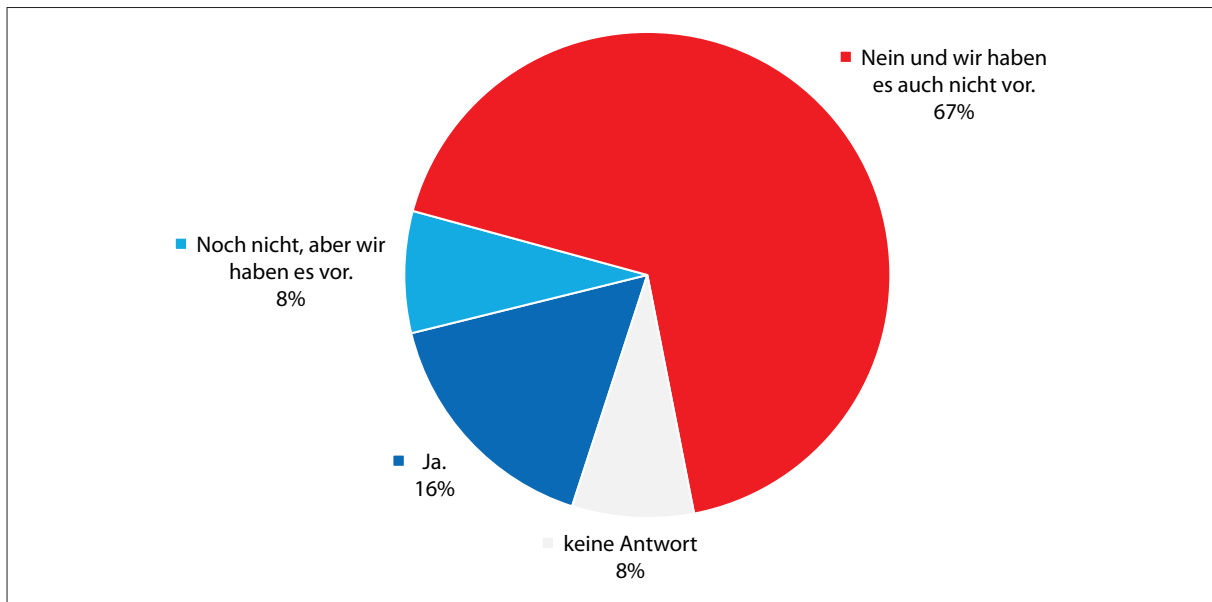
Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 17. bis 24.9.2010, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6862.html>

**Grafik 6: Den Konsum welcher Produkte mussten Sie wegen des Preisanstiegs reduzieren?
(Antworten mit über 15 % Zustimmung)**



Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 17. bis 24.9.2010, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6862.html>

Grafik 7: Haben Sie Vorräte an Lebensmitteln und Getränken für Ihre Familie angelegt?



Quelle: repräsentative Umfrage der Research&Branding Group vom 17. bis 24.9.2010, <http://www.rb.com.ua/rus/politics/research/2010/6862.html>

Vom 10. bis zum 23. November 2010

10.11.2010	Arsen Awakow von der Partei Vaterland, der laut städtischer Wahlkommission die Bürgermeisterwahl in Charkiw verloren hat, erklärt, dass das Kiewer Kreisverwaltungsgericht nun mit einer Anhörung seiner Klage gegen das Wahlergebnis beginne, nachdem ein Gericht in Charkiw seine Klage abgewiesen hatte. Gegen die Erklärung Hennadij Kernes' zum Wahlsieger demonstrieren viele Charkiwer.
10.11.2010	Die Pressestelle der Partei Vaterland beschuldigt die Generalstaatsanwaltschaft im Auftrag Präsident Wiktor Janukowytschs »politischen Terror« gegen die Opposition auszuüben.
11.11.2010	Der Vorsitzende der Partei Freiheit, Oleh Tjahnibok, erklärt, in den Parlamenten mit allen Parteien, außer der Partei der Regionen und den Kommunisten, koalieren zu wollen.
12.11.2010	Der neue Bürgermeister von Krementschuk, Oleh Babajew, gibt seinen Austritt aus der Partei Vaterland bekannt.
12.11.2010	Präsident Wiktor Janukowytsch ernennt Wiktor Baloha von der Partei Geeinte Mitte zum neuen Minister für Katastrophenschutz. Er übte dieses Amt bereits von 2005 bis 2006 aus. Sein Vorgänger Nestor Schufrytsch war im Juli 2010 entlassen und in das Amt des Stellvertretenden Sekretärs des Sicherheitsrates gewechselt.
14.11.2010	In 797 Kommunen werden die Wahlen wiederholt, zumeist wegen der gleichen Stimmenanzahl für mehrere Kandidaten.
15.11.2010	Der ehemalige Generalstaatsanwalt Oleksandr Medwedko wird von Präsident Wiktor Janukowytsch zum Ersten Stellvertretenden Sekretär des Sicherheitsrates ernannt.
16.11.2010	Die Fraktion Block Timoschenko erhält den Namenszusatz Vaterland. Im September 2010 hatte Parlamentspräsident Wolodymyr Lytwyn schon einmal diese Namensänderung verkündet, sie später aber als nicht legitim zurückgenommen.
16.11.2010	Präsident Wiktor Janukowytsch entlässt Leonid Tschernowetzkij aus dem Amt des Leiters der Kiewer Stadtverwaltung. Tschernowetzkij ist weiterhin Bürgermeister der Hauptstadt und hat den Vorsitz des Stadtparlamentes inne. Zum Nachfolger wird sein bisheriger Erster Stellvertreter Oleksandr Popow von der Partei der Regionen ernannt.
18.11.2010	Das Parlament stimmt dem vorgelegten Steuergesetzbuch mit 269 Stimmen zu. In vielen Orten werden die vor zwei Tagen aufgenommenen Demonstrationen gegen das Gesetz fortgesetzt und erreichen am 22.11. einen neuen Höhepunkt. Die Demonstranten fordern Präsident Wiktor Janukowytsch auf, sein Veto gegen die Neuregelung einzulegen.
18.11.2010	Das Verfassungsgericht befürwortet eine Verfassungsänderung, die die Festlegung der nächsten Parlamentswahlen auf Oktober 2012 und der nächsten Präsidentschaftswahlen auf März 2015 ermöglicht, also eine Abhaltung nach fünf statt vier Jahren, wie es durch die Verfassung festgelegt ist. Das Parlament stimmt dieser Entscheidung am Folgetag in erster Lesung mit 305 Stimmen zu. In der nächsten Sitzungsperiode muss sich nochmals eine Zweidrittelmehrheit dafür aussprechen.
22.11.2010	Der Block Lytwyn nennt sich um und trägt jetzt den Namen der einzigen Partei des Blocks – Volkspartei.
22.11.2010	In Brüssel findet der 14. EU-Ukraine-Gipfel statt, auf dem der Ukraine u. a. der Aktionsplan für visafreien Reiseverkehr vorgelegt wird.
23.11.2010	Mykola Kateryntschuk von der Europäischen Partei reicht beim Kiewer Kreisverwaltungsgericht Klage gegen die Zentrale Wahlkommission ein, weil diese nicht offiziell den Beginn des Wahlkampfes zu Parlamentswahlen im Jahr 2011 angekündigt habe, was die Verfassung jedoch vorschreibe. Die Verlängerung der Amtszeiten auf fünf Jahre, also bis 2012, ist bisher nur in erster Lesung bestätigt worden.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de